

Heftiger Streit um den Schutz des ungeborenen Lebens in Texas

Joe Biden, die Gender- und Femo-Lobby in den USA, die Mainstreammedien – alle schäumen, wie schon lange nicht mehr. Da haben es die demokratisch gewählten Volksvertreter in Texas doch tatsächlich gewagt, das umzusetzen, was sie ihren Wählern vorher versprochen haben. Und dazu gehört in Texas der Schutz des ungeborenen Lebens.

Abtreibungen sind dort nun künftig zwar nicht gesetzlich verboten, aber die Hürden für einen legalen Schwangerschaftsabbruch wurden deutlich höher gelegt als vorher. So dürfen keine Abtreibungen mehr „vorgenommen“ werden, wenn erkennbar das Herz des Babys im Mutterleib zu schlagen begonnen hat. Und Verwandte oder öffentlich Bedienstete, die einer Frau helfen, eine Abtreibung zu „organisieren“, können dafür strafrechtlich belangt werden.

Das gefällt denjenigen nicht, die die Tötung eines ungeborenen Kindes für so eine Art Betriebsunfall halten, eine kurzzeitige Erkrankung, die man wieder beheben kann. Und genau das ist der Grund, warum Konservative, Christen und die Pro Life-Bewegung gegen diese Denkart zu Felde ziehen. Ich übrigens auch. Es geht nicht darum, Frauen zu drangsalieren, ihnen ihre Rechte zu beschneiden, sondern um den Schutz des kleinen Kindes in ihrem Bauch, das sonst niemanden hat, der es schützt, meistens nicht einmal den Staat. „Mein Bauch gehört mir“ ist wirklich ein dummer Spruch, denn es geht nicht um den Bauch, sondern das Kind im Mutterleib.

Ich will das Fass des großen Themas Abtreibung hier nicht aufmachen. Aber so ein Kind ist alles andere als ein „Zellhaufen“ nach zwölf Wochen. Es ist ein Kind. Jetzt tobt der Streit in Amerika, Joe Biden wird sich damit beschäftigen, es wird Demonstrationen für und wider geben, und der Oberste Gerichtshof entscheidet dann, ob Texas im Einklang mit der großartigen Verfassung der Vereinigten Staaten gehandelt hat. Aber ich fühle mich erst einmal bestätigt, wie gut es ist, dass Ex-Präsident Donald Trump damals die beiden konservativen Richter Brett Kavanaugh und Amy Coney Barrett ernannt hat.

Warum sollte ich nicht bei der LKR sprechen?

Ehrlich gesagt, mit so viel Resonanz hatte ich gar nicht gerechnet, als mich Daniela von der bayerischen LKR (Liberal-Konservative-Reformer) am Chat anschrieb, ob ich Lust hätte, am Wochenende bei einer Veranstaltung ihrer (Klein-)Partei in Regensburg aufzutreten. Daniela ist ein klasse Mädels, unglaublich engagiert und beseelt, mithelfen zu können, dass Deutschland wieder auf die Beine kommt. Ich sagte spontan aber zurückhaltend zu, und als ich dann drei Tage später mit Christian telefonierte, früher

CSU/WerteUnion, jetzt auch LKR, war es fix. Gasthaus gebucht, Hotelzimmer, die vier Stunden im Auto ist für unsereins ein Klacks.

Nachdem nun eine Zeitungsanzeige erschienen ist, mit der für die Veranstaltung geworben wird und neben Bundeschef Jürgen Joost der Kollege Thilo Schneider von der „Achse des Guten“ (achgut) und ich erwähnt werden, bekomme ich Mails und Anrufe. Viele Mails und Anrufe. Ob das mein Ernst sei, fragt mich auf WhatsApp eine Bundestagsabgeordnete, aus dem Bundesvorstand der WerteUnion will man wissen, ob ich mich jetzt in der LKR engagiere und so weiter. Diese Zuschriften basieren offenbar auf einem grundsätzlichen Missverständnis, nach dem ich ein Parteipolitiker sei. Das bin ich aber gar nicht, ich bin Publizist und Journalist, bürgerlich-konservativ mit deutlichen liberalen und libertären Einsprengseln. Und wenn ich Einladungen von sympathischen Parteien, Organisationen oder auch Unternehmen bekomme, dann gehe ich da gern hin. Und die LKR ist bürgerlich und sympathisch.

Vor zweieinhalb Jahren habe ich eine Veranstaltung der AfD in Dresden mit den Chefredakteuren von ARD und ZDF moderiert. Gehen die dort hin, um zur Wahl der AfD aufzurufen? Natürlich nicht. Ich auch nicht. Ich war Redner und Diskussionspartner bei vielen Veranstaltungen der FDP, der Naumann-Stiftung, auch mal der Hayek-Gesellschaft? Wähle ich deshalb die FDP? Ja, leider einige Male, um es am Montag danach regelmäßig wieder zu bereuen. Bei der CDU und Junger Union und Schüler Union und MIT und Adenauer-Stiftung habe ich in meinem Leben Hunderte Auftritte gehabt. Und trotzdem werde ich nicht zur Wahl von Armin Laschet aufrufen. So wie ich mal bei der Frauen Union (FU) in Nettetal über Medien gesprochen habe, ohne mich anschließend umoperieren lassen zu müssen und jetzt Claudia heißen muss. Schöne Veranstaltung übrigens, 72 Frauen und ich in der Schlafzimmerabteilung eines Möbelhauses. Hat man in meinem Alter auch nicht so oft...

Bitte entspannt Euch! Glauben Sie es oder nicht, ich habe selbst noch keine Ahnung, wer meine beiden Stimmen bei der Bundestagswahl bekommt. Ich werde mir das gut überlegen und dann wahrscheinlich in der Wahlkabine eine Affekthandlung ausführen.

Aber ich mache keinen Wahlkampf im Sinne von Parteipolitik. Ich warne nur vor einer Bundesregierung, in der die Grünen oder auch die Linke am Kabinetttisch sitzen. Denn das ist schlecht für Deutschland. Und Deutschland ist die einzige Partei, die wichtig ist.

Liebe LKRler, ich freue mich darauf, bei Euch in Regensburg zu reden und zu diskutieren. Und, Christian, wenn Du mir danach ein Helles aus gibst, lehne ich das nicht ab.

Friedrich Merz hat recht, aber es ist zu spät

Der CDU-Politiker Friedrich Merz hat wieder viel Richtiges gesagt bei einer Wahlveranstaltung gestern

im sauerländischen Olpe. Man müsse jetzt richtig kämpfen, die Bundestagswahl sei noch nicht gelaufen, und illegale Einwanderer, die Straftaten wie Ehrenmorde und Gruppenvergewaltigungen begehen, müssten erst bestraft und dann konsequent ausgewiesen werden.

Das ist alles richtig, aber wer regiert eigentlich seit 16 Jahren ununterbrochen Deutschland? Wer hat die deutschen Grenzen geöffnet und diese Zustände damit erst ermöglicht? Und welche Partei lässt einen klugen Politiker wie Friedrich Merz zwei Mal durchfallen, um wenig überzeugendes Personal auf den Schild zu heben?

Halt, Moment! Das war ja auch die CDU....

Die Taliban überrennen Afghanistan: Es war alles umsonst

250 Kilometer nördlich der afghanischen Hauptstadt Kabul liegt die 350.000-Einwohner-Stadt Kundus. Von dort ist es nicht weit bis Tadschikistan. Nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA, die wohl in Afghanistan geplant worden sind, rief die Nato erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall aus. Der heiße Krieg gegen das militärisch schwache Land und die herrschenden Taliban war für die westlichen Krieger im Bündnis mit der sogenannten Nordallianz schnell gewonnen.

Die Bundeswehr bezog Quartier im sogenannten Feldlager Kundus, Soldaten verbündeter Länder wie Belgien, Niederlande, Ungarn, Rumänien und USA kamen hinzu. Kundus galt im Vergleich mit anderen Teilen des Landes als vergleichsweise sicher, wenngleich es natürlich auch hier zu schweren Kampfhandlungen kam. Bundeswehrsoldaten, die dort waren, manche auch mehrmals, haben mir erzählt, dass sie den Einsatz für richtig halten, weil sie das Gefühl hatten, als Deutsche dort von den meisten Einheimischen anerkannt und geschätzt zu werden.

Unsere Soldaten bauten Schulen, bohrten Brunnen und halfen bei der medizinischen Versorgung der Bevölkerung. Und wenn es gefährlich wurde, fuhren sie mit ihren Kameraden raus und taten das, was eine Armee nun mal tut: sie kämpften. 52 deutsche Soldaten verloren dabei ihr Leben, und die Art und Weise, wie dieser Blutzoll in Deutschland von Politik und Medien gewürdigt wird, ist beschämend.

Am 26. November vergangenen Jahres wurden die letzten Soldaten der Bundeswehr aus Kundus abgezogen, inzwischen ist der Einsatz der Nato insgesamt formell beendet, die letzten Amerikaner ziehen in diesen Tagen ab.

Vor vier Tagen haben die Taliban-Kämpfer die Stadt Kundus und den Flughafen komplett eingenommen.

Die Steinzeit ist zurück...oder war sie nie weg? Wir, der Westen, haben versagt. Wenn man in so einen Krieg zieht, 18 Jahre lang, dann muss man ihn zu Ende bringen. oder man muss es lassen....

Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Bravo, Viktor Orban!

Viktor Orban hat sein Gesetz zum Schutz der traditionellen Familien in Ungarn durchgebracht und eine Verordnung in Kraft gesetzt, nach der Kinderbücher, die „von der Norm abweichende“ sexuelle Handlungen thematisieren, nicht im Unterricht behandelt und nicht in der Nähe von Schulen und Kirchen verkauft werden dürfen. Wohlgemerkt, es geht um Kinder, Erwachsene können sich auch in Ungarn das an Literatur besorgen, was sie wollen. Über angebliche Zensur und Unterdrückung von anderen Lebenswirklichkeiten zu jammern, geht total am Thema vorbei.

Orban und seine Regierung, aber auch zunehmend Polen und andere osteuropäische Staaten widersetzen sich der EU-Agenda zur Umgestaltung unserer freiheitlichen Gesellschaften zu Staaten, die Aldous Huxley so schön als „Brave New World“ (-Order) bezeichnet hat. Wer in Ungarn unterwegs ist, auch in den größten Städten, sieht überall im Straßenbild Familien mit Kindern. Als Besucher aus Deutschland fällt das wirklich auf. Ungarn fördert Eltern und Kinder, fördert die Bildung und Ausbildung des Nachwuchses so vorbildlich wie kaum ein zweites Land im EU-Staatenbund.

Und er ließ untersagen, dass Prostituierte im Umkreis von 200 Metern von Kirchen und Schulen zahlungswilligen „Kunden“ für sexuelle Handlungen zur Verfügung stehen dürfen.

Das Gewaltmonopol der Polizei ist kein Freibrief für übertriebene Härte

Reden wir nicht drumherum: Auch wenn die „Querdenken“-Demonstrationen am Wochenende in Berlin untersagt waren und das Verbot gerichtlich überprüft und bestätigt wurde: All das gibt der Polizei nicht das Recht, mit roher Gewalt gegen Demonstranten vorzugehen, wie es hier geschehen ist. Die beiden bekannten Blogger Boris Reitschuster und Ken Jebsen haben im Internet Aufnahmen von sinnloser und

roher Gewalt einzelner Polizeibeamter gegen harmlose Demonstranten veröffentlicht.

Selbst wenn solche Querdenker im Einzelfall über die Stränge schlagen, Polizisten beleidigen oder - diese hysterischen Frauen, die bei solchen Veranstaltungen unvermeidlicher Weise immer schrill herumkreischen, gehen mir echt auf den Senkel - anschreien, gibt ihnen das nicht das Recht, mit Faustschlägen in Gesichter von Demonstranten zu reagieren, Leute wie Plastikmüllsäcke umzureißen und wegzustoßen oder sogar von Fahrrädern zu kicken. Dazu kommt, dass es dieses Mal einen Todesfall gegeben hat, wohl aber nicht durch Polizeigewalt hervorgerufen, aber bei einer Identitätskontrolle durch die Polizei geschehen.

Ich bin sehr für unseren Rechtsstaat, für Law & Order und für das Gewaltmonopol der Polizei, wie es unser Staat festgeschrieben hat. Aber solche Videoaufnahmen von der Polizeihärte gegen friedliche und gewaltlose Demonstranten kannte ich bisher nur aus Staaten wie Russland oder Belarus oder früher auch aus Ost-Berlin. So etwas geht nicht, und die Polizeiführung, vielleicht auch Staatsanwälte sollten sich diese Bilder genau anschauen und dann handeln.

Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Worte verbieten ist doof, aber wenn, dann muss es ein Parlament legitimieren

Ich bin immer noch wirklich sauer, auf die Facebook-Stasi gestern.

Eine 24-Stunden-Sperre ist ja praktisch nix, wie mir eine unserer Autorinnen bei TheGermanZ mehrfach versichert hat, die jedes Jahr etwa fünf Monate wegen irgendwelcher Lappalien bei FB gesperrt ist, dann aber gleich vier Wochen. Dabei schreibt Sie klug (sonst wäre sie nicht bei TheGermanZ) und formuliert zurückhaltend aber eindeutig...gegen den politischen Islam oder gegen die Feminismus-Industrie.. Und baaaammm ist sie gesperrt.

Mein „Fall“ ist völlig unspektakulär, aber das ist genau das Problem.

Der Gebrauch des Wortes „Zigeunerschnitzel“ ist nicht verboten. Es gibt auch keinen Beschluss des Deutschen Bundestages, dass man dieses Wort nicht verwenden darf. Das entscheidet einfach ein Privatunternehmen, das eine marktbeherrschende Stellung in Sachen Meinungsfreiheit in Deutschland und großen Teilen der Welt hat.

Die Gründe, wer wegen was gesperrt wird, treffen die völlig subjektiv, also wie sie wollen.

Wenn - nur ein Beispiel - man bei Facebook zu der Auffassung gelangt, das Wort „Lippe“ ist ein Sperrungsgrund, weil der schlimme Rechtspopulist Kelle da geboren wurde - ein Fürstentum noch, wahrscheinlich Feudalherrschaft - dann können die beschließen: Wenn einer „Lippe“ in einem posting schreibt, dann ist er raus. Kein Parlament, keine Regierung, kein Gericht muss da zustimmen. Das macht

ein Privatunternehmen einfach so, wie sie es für richtig halten.

Und genau deshalb muss unser Staat konsequent einschreiten. Von mir aus sollen sie ein Liste böser Begriffe diskutieren und dann beschließen, aber es darf nicht in den Händen von pubertierenden linken Nerds bei einem Privatunternehmen liegen, das eine fast monopolartige Stellung hat. Und im übrigen bin ich der Meinung, in einer freien Gesellschaft sollte überhaupt niemand zensieren dürfen, was andere denken oder schreiben.

Wehren wir uns gegen die Macht von Facebook, Twitter und Co.! Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Wenn es um Macht und Fleischtopfe geht, ist Berlins Senat die Gesundheit der Bürger schnuppe

Der Berliner Senat verbietet wieder mal eine Querdenken-Demo gegengen die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Hatten wir schon mal. Ich bin sicher, die Gerichte werden diese Anordnung vor dem nächsten Wochenende wieder kassieren, denn die Meinungsfreiheit nach Artikel 5 ist ein Grundrecht. Und allen DDR-Nostalgiker: Genau das ist der Unterschied, und so langte wir eine freie Gerichtsbarkeit haben, die politische Unverschämtheiten rückgängig macht, ist das hier noch lange keine DDR 2.0.

Was das Ganze aber besonders ärgerlich macht, ist die Begründung des rot-rot-grünen Senats in Berlin für dieses Verbot. Da heißt es nämlich, dass die Erfahrung lehre, dass bei Querdenken-Demos weder die Abstandsregeln eingehalten noch Masken getragen würden. Das ist augenscheinlich wahr.

Was der jämmerliche Müller-Senat aber am vergangenen Wochenende zuließ, das war die sogenannte *Christopher Street Day* (CSD)-Parade mit weit mehr Teilnehmern wie jetzt angemeldet (22.000 gegen 65.000), von denen so gut wie keiner Maske trug und auch keine Abstände eingehalten wurden. Aber der CSD ist Stammwähler-Potential, das ist rot-rot-grüne Kernzielgruppe Nummer 1 für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus im September. Und wenn es um Machterhalt und die Fleischtopfe für weitere Jahre geht, da ist den Herrschaften im Senat die Gesundheit der Berliner Bevölkerung vollkommen egal.

Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

„Guten Morgen, ich finde Oralverkehr gut und hätte gern eine Laugenbrezel!“

Der britische Turmspringer Tom Daley hat Gold gewonnen. Herzlichen Glückwunsch auch von hier aus!

Für die Leser, die es noch nicht bemerkt haben, in Japan finden gerade weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit die Olympischen Spiele statt.

Thomas P., ein Freund und Leser unseres Blogs, machte mich eben darauf aufmerksam, dass der Berliner „Tagesspiegel“ in der Überschrift eines Artikels schreibt, Daley sei

„Unglaublich stolz, ein schwuler Mann und Olympiasieger zu sein.“

Das freut uns, schreibt P., fragt aber zurecht:

„Hätte es nicht gereicht, nur ‚ungläublich stolz‘ auf seine sportliche Leistung zu sein?“

In der Tat, das ist eine berechtigte Frage. Was hat Daleys sexuelle Orientierung mit seiner sportlichen Leistung zu tun? Warum nerven uns in jüngster Zeit gerade Leistungssportler dauernd mit persönlichen Vorlieben, die uns nicht interessieren und die wir deshalb auch gar nicht wissen wollen?

Ich denke, Homosexuelle schaden Ihrem Anliegen in der breiten Öffentlichkeit eher durch die Penetranz, mit der Sie ihre Leben und Lieben vor sich hertragen. Und nein, ich bin nicht homophob, es ist mir einfach egal.

Ich gehe gleich mal in die Bäckerei und sag der Verkäuferin: „Guten Morgen, ich finde Oralverkehr gut und hätte gern zwei Mehrkorn und eine Laugenbrezel...“ Mal schauen, was passiert...

Klartext gibt es auf Dauer nicht umsonst. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !

Wie in Deutschland Rassismus gegen Weiße mit Ihrem Geld staatlich gefördert wird

Deutschland brummt, immer neue Unternehmen, Vereine und Stiftungen wachsen aus dem Boden, die einer linksgrünen Ideologie folgend einträgliche Geschäfte machen.

Das Unternehmen „Diversity Works“ zum Beispiel berät Konzerne und staatliche Einrichtungen in Sachen Diversität. Tolle Geschäftsidee oder? Früher gründeten Leute eine Firma, die Tische und Stühle zimmerte oder andere saßen in der Garage der Eltern und schrieben Computerprogramme. Heute ist man Friedens- oder Genderforscher oder Diversity-Berater und verdient Geld auch mit Ihren und meinen Steuern.

Neben Diversity und Klima der neueste Hit: das Thema Rassismus.

Und nehmen Sie das bitte ernst: Rassismus ist ekelhaft, Menschen wegen ihrer Hautfarbe und Herkunft zu benachteiligen und geringzuschätzen. Was ist interessant finde ist dabei aber, dass man das ungestraft tun darf, wenn das Opfer ein Weißer ist. Dann ist Rassismus ok. Der Weiße ist grundsätzlich Täter und selbst schuld, wenn er geschmäht und verfolgt wird.

Man hat aber eine Möglichkeit, sich auch reinzuwaschen als Weißer, nämlich wenn man zum Beispiel einen „Blue-Eyed“-Workshop (deutsch: Blauäugigen-Workshop) von „Diversity Works“ belegt. Da werden nämlich Teilnehmer, auch oft Schüler, wie BILD gerade schrieb, von einem Coach systematisch fertig gemacht. Sie sollen sich für ihre Haut- und Augenfarbe so richtig schlecht fühlen.

In einem Land, das noch alle Tassen im Schrank hat, würde hier der Deutsche Kinderschutzbund reingrätschen und diesen Unsinn ein Ende bereiten. Aber Deutschland ist halt krank und hat nicht mehr alle Tassen im Schrank. Die Bundeswehr hat – wirklich wahr – Soldaten eines Panzergrenadierbataillon aus Brandenburg zu so einem Schwachsinn-Workshop geschickt. Damit sie sich mal richtig schlecht für ihre Hautfarbe fühlen, bevor sie nach Mali zum Kampf gegen Terroristen entsendet werden, die...eine andere Hautfarbe haben und deshalb per se erstmal gute Feinde sind.

In Schleswig-Holstein und Hessen wurde der Workshop bei der Polizeiausbildung durchgeführt. In Schleswig-Holstein mussten sich alle angehenden Polizisten der Landespolizei aus den Jahrgängen 2016 und 2017 von einem Coach schikanieren lassen.

BILD stellt dazu fest:

„Menschen nur aufgrund ihrer Hautfarbe psychischen Schmerz zuzufügen, ist keine sinnvolle pädagogische Maßnahme – sondern rassistisch. Dazu kommt: Der Workshop soll weißen Menschen ihren Rassismus austreiben und unterstellt damit pauschal, dass Weiße rassistisch sind.“

Wir brauchen Ihre Unterstützung! Dieser Blog wächst und wächst, wir erreichen so viele Leser wie nie zuvor, und wir würden gern noch viel mehr Aufklärungsarbeit leisten. Aber das kostet Geld. Viel Geld. Bitte unterstützen Sie meine Arbeit auf PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto bei der Berliner Sparkasse DE18 1005 0000 6015 8528 18 !